



Präsidentin
des Landtags Nordrhein-Westfalen
Frau Carina Gödecke MdL
40190 Düsseldorf



18. Dezember 2012
Seite 1 von 11

Haushaltsplanentwurf 2013 - Einzelplan 02 Ministerpräsidentin - Schriftlicher Bericht zur Einführung in den Einzelplan 02

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,

der Praxis der vergangenen Jahre folgend, rechtzeitig vor der ersten Sitzung des Hauptausschusses zum jeweiligen Haushaltsplanentwurf einen schriftlichen Einführungsbericht vorzulegen, übersende ich zum Haushaltsgesetz 2013 für den Einzelplan 02 der Ministerpräsidentin den nachstehenden Bericht.

Die veranschlagten Ausgaben verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Bereiche des Einzelplans 02, wobei in der Gesamtübersicht auch die Kapitel aufgenommen wurden, die nicht im Hauptausschuss beraten werden:

I. Ergebnisse in der Kapitelübersicht:

Kapitel	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2012	Differenz 2013 zu 2012
		in EUR		
02 010	Ministerpräsidentin	39.112.500	39.299.900	-187.400
02 020	Allgemeine Bewilligungen	448.800	-853.200	1.302.000
02 030	Europa	2.794.900	2.791.700	3.200
02 040	Internationale Angelegenheiten und Eine Welt	5.666.600	6.455.400	-788.800
02 050	Kirchen, Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsvereinigungen	30.723.400	30.528.400	195.000
02 070	Landesplanung	2.119.200	2.069.200	50.000
02 100	Vertretung des Landes beim Bund	6.881.500	6.799.000	82.500
02 110	Vertretung des Landes bei der Europäischen Union	4.373.300	4.441.300	-68.000
02 200	Medien	21.067.200	21.708.400	-641.200
02 610	Verfassungsgerichtshof	58.000	58.000	0
02 900	Versorgung	5.704.100	5.628.600	75.500
	Summe	118.949.500	118.926.700	22.800

Der Gesamtausgabenansatz steigt insgesamt um 22.800 Euro bzw. 0,02 % im Vergleich zum Vorjahr.

II. Operativer Kernbereich der Staatskanzlei

Seite 3 von 11

A. Haushaltsverbesserungen

Im Haushaltsplanentwurf für 2013 sind erstmals die neuen politischen Schwerpunkte enthalten, welche die Ministerpräsidentin in ihrer Regierungserklärung vom 12. September 2012 gesetzt hat. Auf den Bereich der Staatskanzlei bezogen sind das die Themen:

Klimaschutz-Expo und Energiewende

Für die in der Koalitionsvereinbarung sowie in der Regierungserklärung der Ministerpräsidentin vom 12. Sept. 2012 genannten und in der Staatskanzlei wahrgenommenen neuen Aufgaben „Fortschrittmotor Klimaschutz-Expo“ und „Energiewende“ sind zusätzliche personelle und finanzielle Ressourcen für einen Zeitraum von zehn Jahren (Fortschrittmotor Klimaschutz-Expo) bzw. mindestens bis Ende der Legislaturperiode (Energiewende) erforderlich.

Im Kapitel 02 020 (Allgemeine Bewilligungen) werden dafür in einer eigenen Titelgruppe (Titelgruppe 60 – Energiewende, Klimaschutz-Expo) Ausgabeermächtigungen mit einem Ansatz von 2,5 Mio. € angemeldet. Die Ausgaben werden refinanziert durch zusätzliche Globale Minderausgaben in Höhe von je 625.000 € in den Einzelplänen der klimarelevanten Ressorts (i.e. Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk; Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz; Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr sowie Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung) und für die Gesamtdauer fortgeschrieben.

➤ **Zur Klimaschutz-Expo**

Die Landesregierung plant eine landesweite Ausstellung "Fortschrittmotor Klimaschutz-Expo" in einem dezentralen, räumlich vernetzten, alltagstauglichen und mehrjährigen Format als Dekadenprojekt für den Zeitraum 2013 bis 2022. Unter dem Dach der Klimaschutz-Expo soll das gesamte Leistungsspektrum an innovativer Technologie und Lösungsansätzen in Nordrhein-Westfalen anhand herausragender Beispielvorbereitungen auf den Feldern Klimaschutz, Ressourcen- und Energieeffizienz aus allen Regionen des Landes präsentiert werden.

Für die operative Durchführung der Klimaschutz-Expo bedarf es einer eigenständigen Organisation. Dazu ist die Gründung einer entsprechenden GmbH als Trägergesellschaft für die Klima-Expo vorgesehen (Kapitel 02 020 Titel 831 60). Für die institutionelle Förderung dieser Trägergesellschaft ergibt sich ein jährlicher Zuwendungsbedarf von bis zu 2.000.000 EUR. Dieser ist im Kapitel 02 020 Titel 685 60 etatisiert.

Die Beteiligungsverwaltung für die neue GmbH wird als neue Aufgabe in der Staatskanzlei wahrgenommen

➤ **Zur Energiewende**

Energiewende und Klimaschutz sind zentrale Themen, die den notwendigen Umbau des Wirtschaftsstandortes Nordrhein-Westfalen prägen und den Industriestandort stärken. Die Chancen, die in der Energiewende liegen, sollen konsequent genutzt werden.

Dazu muss u.a. die Fachkompetenz in der Staatskanzlei in den Bereichen "Energiewirtschaft", "Klimaschutzplan" und "Netzausbau" erweitert werden. Hierfür ist die befristete Einstellung von drei Projektkräften auf Referentenebene und einer Projektkraft auf Sachbearbeiterebene erforderlich.

Zur Umsetzung der Anforderungen und Aufgaben, die mit der Energiewende verbunden sind, sind daher sowohl Ausgabemittel für diese Projektkräfte als auch für Gutachten und externe, fachliche Expertisen sowie für Veranstaltungen erforderlich (Kapitel 02 020 Titel 427 60, 526 60, 541 60 und 547 60).

Digitale Gesellschaft

Die verwaltungsinternen Abläufe verändern sich zunehmend durch neue Formen der Information und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den Prozessen in Politik und Verwaltung. Vor allem die durch die digitale Öffentlichkeitsarbeit gestarteten Prozesse und die bereits ersten praktischen Erfahrungen aus den Projekten zur Open-Government-Strategie haben gezeigt, dass der begonnene Prozess sich fortentwickelt und weitere Bedarfe nach sich zieht.

Um die konzeptionellen und operativen Aufgaben in rechtlicher, technischer und organisatorischer Hinsicht optimal erledigen zu können, soll ein neues Referat in der Gruppe Medien (Kapitel 02 200) mit einer Mindestbesetzung (Referatsleitung, Referentin / Referent, Sachbearbeitung) geschaffen werden. Referatsleitung und Sachbearbeitung kommen aus dem vorhandenen Personalbestand, eine Referentenstelle ist neu (im Kapitel 02 010 – Ministerpräsidentin) veranschlagt.

Inhaltlich betrifft dieser Aufgabenbereich "Digitale Gesellschaft" das Kapitel 02 200 (Medien) und dürfte daher Beratungsgegenstand im Ausschuss für Kultur und Medien sein.

➤ **Social Media**

Aktivitäten anderer Länder (v.a. „Aufbruch Bayern“, Dialogportal Sachsen) und eigene Erfahrungen mit unterschiedlichen Online-Maßnahmen (Unser NRW, Zukunft NRW, #JUKON12) zeigen sehr deutlich, dass sich der Trend bei Landesportalen – sowohl bei den Nutzerinnen und Nutzern als auch bei den Anbieterinnen und Anbietern – stark über das reine Informations- und Serviceangebot hinweg weiterentwickelt zu einem Dialog- und Mitmachmedium.

Das stellt die Öffentlichkeitsarbeit nicht nur vor neue Herausforderungen, sondern bietet ihr auch zahlreiche neue Möglichkeiten. Die Erfahrungen aus den drei bisherigen Online-Dialogforen zeigen jedoch, dass hierbei längst die Grenzen personeller Ressourcen sowohl in quantitativer als auch in fachlicher Hinsicht erreicht sind. Das betrifft sowohl die Konzeption und Pflege des Landesportals selbst als auch die Staatskanzlei-Auftritte auf Facebook und Twitter.

So hat das Land Bayern längst für knapp 40.000 Euro ein eigenes Kamera- und Fotostudio eingerichtet, um Online-Videos des Ministerpräsidenten vor Ort schnell und unkompliziert produzieren zu können. Nur für die Betreuung dieses Studios und die Produktion der Videos wurde eine neue Stelle geschaffen. In seinen Auftritt bei Facebook investiert Bayern zurzeit mehrere Zehntausend Euros. Zum Vergleich: Nordrhein-Westfalen hat hier bislang knapp 1.000 Euro investiert.

Um nicht Gefahr zu laufen, als großes Medienland auf diesem Gebiet den Anschluss zu verlieren, wird eine Personalaufstockung um eine Referentenstelle (im Kapitel 02 010 – Ministerpräsidentin) mit u.a. folgenden Aufgabenschwerpunkten angestrebt:

- Konzeption, Umsetzung und Betreuung eines neuen Landesportals mit stärkerem Fokus auf Themenorientierung und Dialog- und Beteiligungsmöglichkeiten,
- Aufbau eines Newsdesks für NRW.de mit relevanten Informationen rund um die Landespolitik und das Land NRW,
- Konzeption und Umsetzung eines „Blogs aus der Staatskanzlei“,
- Konzeption und Pflege der geplanten NRW-App.
- Entwicklung kreativer Online-Ideen zu Veranstaltungen, Terminen und Maßnahmen der Landesregierung,
- Planung, Organisation und Durchführung der Social-Media-Aktivitäten der Staatskanzlei sowie
- kontinuierliche Analyse der Social-Media-Kommunikation und –Entwicklungen.

B. Haushaltskonsolidierung

Zusätzlich zur Umsetzung dieser neuen Schwerpunkte waren jedoch auch im Einzelplan 02 Kürzungen und Minderausgaben zur Konsolidierung erforderlich.

Kürzung von Förderprogrammen

Unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Effizienzteams hat die Landesregierung Haushaltsansätze für die landeseigenen Förderprogramme in Höhe von 150 Mio. EUR gekürzt bzw. auf Darlehen umgestellt. Der Einzelplan 02 der Ministerpräsidentin hat hieran einen Anteil zu kürzender Haushaltsansätze in Höhe von 1.884.000 EUR.

Im Bereich der vom Hauptausschuss zu beratenden Kapitel des Einzelplans 02 sind davon zwei Ausgabenbereiche betroffen:

- Zum einen der Ansatz für „Geschenke aus Anlass von Mehrlingsgeburten und Auszeichnungen für Rettungen aus Lebensgefahr“ (Kapitel 02 020 Titel 681 00), der um 140.000 EUR auf 0 EUR reduziert wurde. In einer derart angespannten Haushaltsslage des Landes ist für die Gewährung staatlicher Geldgeschenke, noch dazu unabhängig vom Nachweis der Bedürftigkeit, nicht länger Raum.

Darüber hinaus ließ sich rechtlich auch nicht zweifelsfrei klären, unter welchen Voraussetzungen diese Form von freiwilliger Leistung auf zustehende Sozialleistungen gerade derjenigen Empfängerinnen und Empfänger angerechnet wird, die sicherlich am ehesten auf das Geldgeschenk angewiesen wären. Die Ministerpräsidentin hat daher entschieden, dass das Geldgeschenk für alle Mehrlingsgeburten ab dem 1. Januar 2013 entfällt.

- Zum anderen der Bereich der Titelgruppe "Förderung des Ehrenamtes" (Kapitel 02 020 Titelgruppe 63), der in Anpassung an den tatsächlichen Bedarf von 608.800 EUR um 500.000 EUR auf 108.800 EUR reduziert werden soll. Trotz der zwingend erforderlichen Einsparungen sind gleichwohl Hilfen für ehrenamtliche Initiativen in Einzelfällen weiterhin möglich.

Spezielle und Globale Minderausgaben

Im Haushaltsplanentwurf sind im Kapitel 02 020 drei globalen Minderausgaben in Höhe von insgesamt 3.618.800 EUR ausgebracht.

Dies entspricht einer Steigerung zum Vorjahr um 582.300 EUR oder um 19,2 %.

C. Haushaltsanpassungen

Seite 8 von 11

Der Ansatz des Ausgabentitels „NRW-Tage – Projekte und Veranstaltungen zur Förderung des Landesbewusstseins“ (Kapitel 02 010 Titel 531 30) wurde um 200.000 EUR reduziert. Zum einen werden 100.000 EUR deshalb nicht benötigt, weil 2013 – entgegen der ursprünglichen Planung – kein NRW-Tag in Hückeswagen stattfinden kann. Die Stadt hat aufgrund der gestiegenen Sicherheitsanforderungen nach der Katastrophe bei der Loveparade in Duisburg die Bewerbung im Mai 2012 zurückgezogen.

Zum anderen werden 100.000 EUR aufgrund der Formatänderungen für das Sommer- bzw. das Adventskonzert verlagert zum Ausgabentitel „Zur Erfüllung von Repräsentationsverpflichtungen der Landesregierung“ (Kapitel 02 010 Titel 541 10).

Beide Konzerte werden inzwischen abwechselnd und nur noch in einem zweijährigen Rhythmus durchgeführt.

Bei den Ausgaben für das Sommerkonzert (2012 in Düsseldorf) handelt es sich nunmehr um eine öffentliche Veranstaltung, während das für 2013 geplante Adventskonzert (wegen des geladenen Teilnehmerkreises nebst Bewirtung) auch weiterhin eine Repräsentationsveranstaltung darstellt.

Die im operativen Kernbereich der Staatskanzlei darüber hinaus angemeldeten Veränderungen bei den Kapiteln 02 010 und 02 020 ergeben sich als Saldo der o.g. Ansatzanmeldungen bzw. Ansatzkürzungen, der erwähnten Erhöhung der zu erbringenden globalen Minderausgaben und aus den zwangsläufigen, linearen Erhöhungen für Personalausgaben bzw. Mietansätze aufgrund von Indexsteigerungen.

Neue Planstellen / Stellen

Die im Haushaltsplan 2013 dargestellten Veränderungen beruhen zum einen auf der Umsetzung von Planstellen und Stellen zwischen den Einzelplänen, die sich bereits während des Haushaltsvollzugs 2012 ergeben haben, und zum anderen auf der Erhöhung um drei Planstellen für die neuen Politikschwerpunkte in der laufenden Legislaturperiode (vgl. oben II A).

Um sowohl diesen unabweisbaren Personalmehrbedarf abzudecken, gleichzeitig aber auch die generelle Einsparlinie der Landesregierung weiter zu unterstützen, wurden die drei neuen Stellen (davon eine kw ab 1.1.2023) nur mit einer Erhöhung des Personalausgabenbudgets von 115.600 EUR unterlegt. Dies entspricht einer Deckung von rd. 50 % des tatsächlich anzusetzenden Betrages.

Ich habe bereits früher (5. Sitzung des Hauptausschusses am 27. Sept. 2012) darauf hingewiesen, dass der kontinuierliche, pauschale Stellenabbau im Assistenzbereich der Staatskanzlei mittlerweile die Grenzen der Belastbarkeit erreicht hat. Insofern haben wir hier eine zusätzliche Stelle ohne Budget angemeldet.

Im neuen Referat „Digitale Gesellschaft“ werden die Referatsleitung und die Sachbearbeitung aus dem vorhandenen Personalbestand frei gezogen und lediglich die Referentenstelle neu eingerichtet. Die für das Dekadenprojekt "Expo Klimaschutz" benötigte Planstelle soll nach Abschluss des Projekts wieder entfallen und erhält somit einen entsprechenden „künftig wegfallend“ Vermerk.

Übersicht der neu beantragten Plan- und Personalstellen:

Schwerpunkt	Planstelle / Stelle	Personalausgabenbudget	Im Haushaltsentwurf angemeldetes Budget	in %
Klima Expo	B 2	89.000 €	47.000 €	
Landespresse- und Informationsamt – Social Media	A 15	69.900 €	24.800 €	
(neues) Referat Digitale Gesellschaft	A 15	69.900 €	43.800 €	
Teamassistentz	EG 8 TV-L	0 €	0 €	
	Summe	228.800 €	115.600 €	50,7 %

Verzicht auf die Realisierung von kw-Vermerken (1,5%ige Stelleneinsparung in 2013)

Seite 10 von 11

Auch für das Haushaltsjahr 2013 wird auf die Realisierung anteiliger kw-Vermerke (6) im Rahmen der pauschalen 1,5%igen Stelleneinsparung verzichtet. Die äquivalenten Einsparungen sind bereits in den – entsprechend erhöhten – Globalen Minderausgaben enthalten.

Soweit im Laufe des Haushaltsjahres 2013 Stellen frei werden, soll damit unabweisbar entstandener Personalmehrbedarf im Bereich des Fahrdienstes und der Assistenzdienste aufgefangen werden. Zugleich kann damit auch zurzeit befristet eingestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dieser Gehaltsgruppen eine Perspektive auf dauerhafte Einstellung geboten werden.

Darüber hinaus gilt der im Kapitel 02 020 bei den Personalausgaben ausgebrachte Haushaltsvermerk zur Erwirtschaftung der pauschalen Stelleneinsparung fort. Er legt dem Einzelplan 02 für den Zeitraum bis 2015 die Einsparung weiterer 11 Planstellen/Stellen auf.

Zur weiteren Kompensation des Verzichts auf die Streichung von fünf kw-Vermerken im Haushalt 2012 war im Gegenzug die „Globale Minderausgabe zum Ausgleich für den Verzicht auf zu erwirtschaftende kw-Vermerke“ (Kapitel 02 020 Titel 972 20) auf 200.000 € zu verdoppeln (40.000 € je kw-Vermerk ab dem zweiten Jahr der Ausbringung).

IV. Ergebnisse im Einzelnen:

Gegenüber dem Haushaltsplan 2012 ergeben sich folgende wesentlichen Ansatzveränderungen in den vom Hauptausschuss zu beratenden Kapiteln des Einzelplans 02:

a) Ministerpräsidentin (Kapitel 02 010 und 02 020)

Personalausgaben für Planstellen und Stellen (Saldo linearer Anpassungen, Umsetzungen und Budgeterhöhungen)	- 47.300 €
---	------------

Ausgaben für Kommunikationsmanagement (Service-Center der Landesregierung)	- 25.600 €
---	------------

b) Kirchen (Kapitel 02 050)

Seite 11 von 11

Erhöhung der Dotationen an die Kirchen und jüdischen Kultusgemeinden aufgrund staatsrechtlicher und vertraglicher Verpflichtungen in Anlehnung an die Besoldungserhöhungen für Beamte

+ 195.000 €

c) Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Berlin
(Kapitel 02 100)

Saldo der Personalausgaben für Planstellen und Stellen (lineare Anpassung)

+ 56.900 €

Mietpreissteigerung (Indexierung)

+ 25.600 €


Die Kapitel 02 030 (Europa), 02 040 (Internationale Angelegenheiten und Eine Welt) und 02 110 (Vertretung des Landes bei der Europäischen Union) sind Gegenstand der Beratungen im Ausschuss für Europa und Eine Welt.

Das Kapitel 02 200 (Medien) wird im Ausschuss für Kultur und Medien und das Kapitel 02 070 (Landesplanung) wird im Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk beraten.

Hinweisen möchte ich abschließend auf die Ihnen inzwischen ebenfalls zugegangenen „Zusätzlichen Erläuterungen zum Einzelplan 02“ mit ergänzenden Informationen zu den Haushaltsansätzen in schriftlicher und tabellarischer Form.

120 Exemplare dieses Berichts zur Weiterleitung an die Mitglieder des Hauptausschusses sind beigelegt.

Mit freundlichen Grüßen


Franz-Josef Lersch-Mense